

Das Wochenmagazin der SPÖ

www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

2. Oktober 2009 • Nr. 32 • 0,70 €

Gastkommentar von Brigitte Rupprecht
zu Einkommensgerechtigkeit



Stark für die Frauen
SPÖ kämpft für
gleiche Einkommen

Gleiche Ausbildung, gleiche Berufserfahrung, gleiche Tätigkeit – aber nicht gleiche Bezahlung: Für Österreichs Frauen bedeutet das konkret 15 Prozent weniger Einkommen nur weil sie zum „falschen“ Geschlecht gehören. Wenn man die Berufswahl und die Folgen familienbedingter Berufsunterbrechung hinzuzählt, kommt man auf fast ein Drittel weniger Einkommen für Frauen. Das will die SPÖ, das wollen Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer ändern. Sie starten eine gemeinsame Kampagne für gesetzlich verpflichtende anonymisierte Einkommenstransparenz. Ebenso die SPÖ-Frauen, die mit einer eigenen Kampagne österreichweit für Einkommensgerechtigkeit werben.

Die Landtagswahl in Oberösterreich bescherte der Sozialdemokratie eine schmerzliche Niederlage. SPÖ-Spitzenkandidat und Landesparteivorsitzender Erich Haider zog drei Tage nach dem Wahlsonntag persönliche Konsequenzen und gab seinen Rücktritt bekannt. Er hat Soziallandesrat Josef Ackerl als Nachfolger vorgeschlagen.

Eure Redaktion

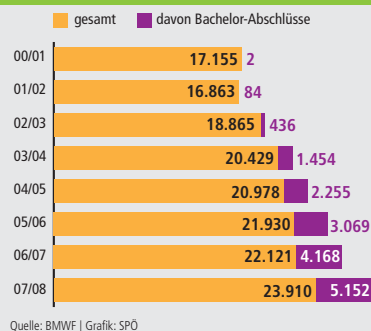
Highlights der Woche

Equal Pay Day und Einkommensgerechtigkeit	4
Arbeitsmarkt	6
Wahlen in OÖ und Deutschland	7
Kinderrechte.....	9
Bruno-Kreisky-Preis	10
Sommerakademie der SPÖ	12
Gastkommentar von ÖGB-Frauenchefin Brigitte Ruprecht.....	14

EU-Abgeordnete Kadenbach trifft Umwelt-NGOs

In Korneuburg fand ein Treffen zwischen SPÖ-Europaabgeordneter Karin Kadenbach und VertreterInnen von Fairtrade, Global 2000, Naturfreunde NÖ, dem Umweltdachverband, Vier Pfoten und Greenpeace statt. Durch ihre Tätigkeit als NÖ-Umweltlandesrätin hat die EU-Parlamentarierin gute Kontakte zu den Umweltorganisationen. Deshalb war es ihr wichtig, den NGOs die Möglichkeit anzubieten, ihre Anliegen direkt an sie und ihre Fraktion heranzutragen. Diese wurde ausgiebig genutzt, bereits beim ersten Treffen wurden konkrete Wünsche und Anregungen formuliert. Vor allem die Frage der Artenvielfalt – 2010 ist das Jahr der Biodiversität – war Thema.

Studienabschlüsse



Neuer Rekord von AbsolventInnen an Unis und FHs

Erfreuliche Zahlen gibt es bei den Studienabschlüssen zu vermelden. Die Zahl der Abschlüsse stieg im Studienjahr 07/08 auf 23.910 – ein Plus von 8,1 Prozent gegenüber dem Studienjahr davor. Einen enormen Zuwachs gab es bei den Bachelor-Abschlüssen. Seit dem Studienjahr 2000/01, wo es gerade mal zwei Bachelor-Abschlüsse gab, steigerte sich die Zahl im Studienjahr 07/08 auf 5.152 Abschlüsse.

Meinungsforum:
Kinderrechte in die Verfassung – Eine gute Möglichkeit, um die Rechte von Kindern zu stärken?

Eine langjährige Forderung der SPÖ soll bald Realität werden: Die Kinderrechte sollen noch heuer in der Verfassung verankert und damit auch einklagbar werden. Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at mit, ob Österreich mit dieser SPÖ-Initiative kinderfreundlicher wird?



Rigaud

Infrastrukturministerin
Doris Bures

144 Postamt-Schließungen verhindert

Infrastrukturministerin Doris Bures hat per Bescheid die Schließung von 144 Postämtern untersagt. Der neue Bescheid gilt für drei Monate. Bereits Ende Juni verhinderte Bures die ersatzlose Schließung von 193 Postämtern mit einem derartigen Bescheid. Bures hofft nun auf eine rasche parlamentarische Beschlussfassung des neuen Postmarktgesetzes, das Ende Juli im Ministerrat beschlossen wurde. Mit diesem Gesetz wird mit der Verankerung von 1.650 Postgeschäftsstellen eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Postdienstleistungen in ganz Österreich garantiert.

Zitat der Woche

„Die aktive Arbeitsmarkterverwaltung und die sozialen Anstrengungen der SPÖ sind so etwas wie ihre Seele.“

Bundeskanzler Werner Faymann bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer



SPÖ

Susanne Metzger, die neue Bundesfrauenvorsitzende im BSA.

BSA hat neue Frauenvorsitzende

Susanne Metzger folgt Sabine Oberhauser als Bundesfrauenvorsitzende im BSA nach. Metzger ist Stadträtin in Retz und SPÖ-Frauenvorsitzende im Bezirk Hollabrunn. Neben der politischen Arbeit für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben für Frauen, nennt Metzger eine aktive Vernetzung der Frauen als zentrale Herausforderung. „Es kann nicht sein, dass man in Österreich im Jahre 2009 noch immer ein Mann sein muss und am besten ein CVler, um Karriere machen zu können“, betont die neue Bundesfrauenvorsitzende im BSA.



Kadenbach

SPÖ-Europaabgeordnete
Karin Kadenbach



Stärke durch Geschlossenheit

Die Niederlagen bei den Landtagswahlen in Vorarlberg und Oberösterreich sind alles andere als erfreulich. Unsere Stärke liegt jetzt in der Geschlossenheit. Und das ist wichtiger denn je.

Keine Frage: Nach Wahlniederlagen weht einem ein rauer Wind entgegen. Manche politischen Mitbewerber glauben jetzt Morgenluft zu wittern und die Sozialdemokratie als gescheitert bezeichnen zu können. Gemeinsam werden wir sie eines Besseren belehren.

Das Ziel unserer Mitbewerber ist klar. Genauso klar ist aber unser Weg: Gerade in derart schwierigen Zeiten wie sie die Menschen in Österreich jetzt spüren, ist es wichtig, dass es eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gibt. Denn es ist die Sozialdemokratie in der Regierung, die auch weiterhin gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr soziale Sicherheit kämpft.

Wir sind es, die in nicht einmal einem Jahr die richtigen Maßnahmen gesetzt haben. Sei es beim Vorziehen der Steuerentlastung, der Beschäftigungsgarantie für Jugendliche, der Mindestsicherung, dem einkommensabhängigen Kindergeld bis hin zur Kurzarbeit und den Investitionen in die Infrastruktur.

Und so wie wir uns bei der Ausbildungsgarantie durchgesetzt haben, werden wir auch die Bildungsreform und mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen.

Letztlich werden wir an den politischen Ergebnissen für das Land und die Menschen gemessen, die darauf vertrauen, dass wir uns der Situation stellen.

Dieses Vertrauen muss aber hart erarbeitet werden. Denn die Verunsicherung ist groß: Wir alle treffen täglich Menschen, die nicht wissen, wie es weitergeht, die sich Sorgen um ihren Job machen und sich die Frage stellen, wie lange sie noch Arbeit haben werden. Von uns erwartet man Lösungen und Antworten auf diese Fragen. Unsere Antwort kann nur sein: Wir arbeiten weiter, wir setzen die richtigen Schritte bis diese

Wirtschaftskrise vorbei ist und bis sich der Arbeitsmarkt erholt hat. Und wir dürfen nicht zulassen, dass sich eine solche Krise wiederholt.

An den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen gibt es nichts schönzureden. Die

schen wieder daran glauben, dass Politik etwas verbessern kann, wählen sie jene Partei, die für soziale Gerechtigkeit steht. Geint stellen wir uns der Situation, geeint werden wir sie meistern.

Wir müssen sicherlich noch stärker als bisher aufzeigen, wer denn überhaupt für diese Wirtschaftskrise verantwortlich ist. Die Krise und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit hat ihre Ursache im schrankenlosen Casino-Kapitalismus. Es darf nicht sein, dass die ArbeitnehmerInnen dafür zur Kasse gebeten werden. Die Sozialdemokratie hat hier klare Standpunkte. Dringende Korrekturen wie die internationale Finanztransaktionssteuer werden von uns mit aller Deutlichkeit eingefordert werden.



Bilderbox

Es ist die Sozialdemokratie in der Regierung, die auch weiterhin gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr soziale Sicherheit kämpft.

Sozialdemokratie ist international in einer schwierigen Lage, was sich auch in Deutschland gezeigt hat. Stark ist die Sozialdemokratie aber immer dann, wenn die Menschen an die Wirksamkeit von Politik glauben. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, jetzt dafür zu arbeiten, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Zugegebenermaßen ist es auch der schwierigste Weg, aber die Sozialdemokratie hat immer auch in langfristigen Zielen gedacht und gehandelt. Erst wenn die Men-

Die Sozialdemokratie muss jetzt Geschlossenheit beweisen. Unsere Grundwerte: Freiheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit machen uns stark. Wir verlieren, wenn wir uns auf das Spielfeld der Krisengewinnler begeben, denn dort gelten ihre Regeln und ihre Sprache. Wir verlieren, wenn wir uns nicht mit den Lebensbedürfnissen der Menschen weiterentwickeln. Wir gewinnen, wenn wir unsere Haltung bewahren und zeigen, dass man sich auf uns verlassen kann. Unsere Grundwerte stehen nicht zur Disposition. Wir müssen auch in schwierigen Zeiten geschlossen zu unseren Inhalten stehen. Denn wer selbst nicht überzeugt ist, kann auch andere nicht überzeugen. ♦

„Die Sozialdemokratie muss jetzt Geschlossenheit beweisen. Unsere Grundwerte: Freiheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit machen uns stark.“

EQUAL PAY DAY

Gleicher Lohn für

Frauenministerin und Sozialminister setzen sich gemeinsam mit der SPÖ, allen voran den SPÖ Frauen, massiv für mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen Männern und Frauen ein.

Am 27. September endete in Österreich statistisch gesehen die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Nach dem sogenannten „Equal Pay Day“ – er hat in jedem Land ein anderes Datum, abhängig vom jeweiligen Auseinanderklaffen der Einkommensschere – arbeiten die Frauen bis zum Jahresende gratis, während die Männer für ihre Arbeit entlohnt werden.

Das sind 96 quasi unbezahlte Tage jährlich. Überdurchschnittlich schlecht schneiden Vorarlberg, Oberösterreich, Tirol und Salzburg ab. Dort arbeiten die Frauen zwischen 104 und 122 Tagen ohne Bezahlung.

Es gibt viele Gründe, warum Frauen weniger verdienen als Männer – die Berufswahl spielt eine Rolle, die Ausbildung ist relevant und auch Karenzzeiten wirken sich aus. Aber nicht alles lässt sich mit Ausbildung, Berufswahl oder Karenz erklären.

Denn: Frauen mit gleicher Ausbildung und gleicher Erfahrung verdienen für die gleiche Arbeit um bis zu 15 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – einfach nur deshalb, weil sie Frauen sind.

„15 Prozent des Gehaltsunterschieds können weder durch Berufswahl noch durch kürzere Verdienstezeiten erklärt werden, sondern schlichtweg dadurch, dass Frauen Frauen sind.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

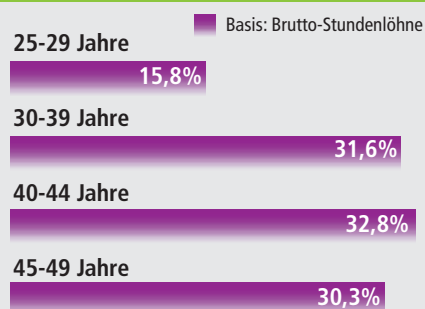
Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist überzeugt davon, dass Einkommenstransparenz Abhilfe schaffen kann. Denn die Geheimniskrämerei rund um die Einkommen führt zu ungleichen Löhnen und Gehältern zwischen Frauen und Männern. Und das, obwohl seit 30 Jahren gesetzlich verankert ist, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern gezahlt werden muss. Trotzdem werden die Einkommensunterschiede eher größer als kleiner. „Die Forderung 'Gleicher Lohn für



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei der Kampagnenpräsentation „gleich=fair“.

gleiche Arbeit' ist nicht nur ein Thema des Frauenministeriums, sondern des ganzen Sozialstaats“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Heinisch-Hosek und Hundstorfer favorisieren die schwedische Lösung. Dort ist es mit einem Gesetz zur Einkommenstransparenz gelungen, dass die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede nicht einmal halb so viel ausmachen wie in Österreich. Konkret macht der rein geschlechtsspezifische Unterschied in Schweden nach Einbeziehung objektiver Kriterien wie Ausbildung, Branche oder Berufserfahrung, nur rund sechs Prozent aus, also um neun Prozent weniger als in Österreich. Die in Schweden seit 1991 gesetzlich festgeschriebene anonyme Einkommenstransparenz inklusive Frauenförderungsplan macht sich bezahlt.

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern



Quelle: „Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede: Indikatoren 2007“ | Grafik: SPÖ

Frauen verdienen schon beim Berufseinstieg weniger – die Hälfte der Einkommensunterschiede besteht von Beginn an.

gleiche Arbeit



SPÖ Frauen

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist in Sachen Einkommens-transparenz und gleicher Lohn für gleiche Arbeit gemeinsam mit den SPÖ Frauen in ganz Österreich unterwegs (hier Burgenland und NÖ).

„gleich=fair“: Kampagne für gleiche Einkommen

Die Heimlichtuerei bei den Einkommen zu beenden und die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen zu verringern, ist das Ziel der neuen Initiative von Heinisch-Hosek und Hundstorfer. Mit der Kampagne „gleich=fair“ werben die Frauenministerin und der Sozialminister mit Unterstützung von bekannten Persönlichkeiten dafür, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn gezahlt bekommen.

Nach dem schwedischen Vorbild sollen auch in Österreich die Unternehmen mit mehr als 25 MitarbeiterInnen gesetzlich dazu verpflichtet werden, anonym die Löhne und Gehälter zu analysieren, um festzustellen, ob es geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede gibt. Die Ergebnisse dieses Fragebogens sollen betriebsintern veröffentlicht und den zuständigen Behörden sowie den Sozialpartnern zur Verfügung gestellt werden. In einem ersten Schritt ist an eine zweijährige Pilotphase mit anschließender Evaluierung gedacht.

Kampagne: „Warum nicht gleich: Lohngerechtigkeit!“

Auch die SPÖ Frauen sind in den kommenden Wochen mit einer eigenen Kampagne „Warum nicht gleich: Lohngerechtigkeit!“ gemeinsam mit SPÖ-Frauenvorsitzender, Frauenministerin Heinisch-Hosek in ganz Österreich unterwegs, um für Einkommenstransparenz und Einkommens-

gerechtigkeit zu werben. „Ein gerechtes, faires Einkommen für Frauen wäre ein großer Schritt auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit und ist längst überfällig“, so SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. Infos zur Kampagne gibt es auf www.lohngerechtigkeit.at.

Einkommenstransparenz hat Vorbilder

Im öffentlichen Dienst gibt es seit langem Einkommenstransparenz – und die geringsten Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern. Beamtinnen verdienen im Schnitt nur zwei Prozent weniger als Beamte. Auch in einzelnen Betrieben ist ein transparentes Gehaltsschema nicht unbekannt. Etwa bei Microsoft Österreich mit ca. 340 MitarbeiterInnen wird betriebsintern die Bandbreite der Entlohnung in der jeweiligen Hierarchieebene und im jeweiligen Verantwortungsbereich offengelegt. Diese Transparenz schafft ein offeneres Betriebsklima und verhindert Diskriminierungen. An einer Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz, in der die anonyme Einkommenstransparenz enthalten sein soll, wird unter Einbindung der Sozialpartner bereits gearbeitet, sie soll bis Frühling fertig sein. Die Einkommenstransparenz in Österreich umzusetzen, ist Teil des gemeinsamen Regierungsprogramms von SPÖ und ÖVP und ein Herzstück des Nationalen Aktionsplans für die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, den die Frauenministerin mit Unterstützung aller Ressorts koordiniert. ♦

„Die anonyme Offenlegung der Löhne und Gehälter in den Betrieben ist ein Gebot der Stunde.“

SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin
Andrea Mautz

INFO

Das schwedische Modell

Alle Unternehmen ab 25 MitarbeiterInnen müssen eine Aufstellung der Gehaltsstruktur und der Verteilung auf die Geschlechter vorlegen. Die Maßnahme ist dort Grundlage für einen verpflichtenden Gleichstellungsplan im jeweiligen Betrieb. Um ungleichen Lohn für gleiche Arbeit aufzudecken, müssen die Unternehmen regelmäßig einen anonymen Gehaltsvergleich anstellen. Für die Beurteilung, ob eine Tätigkeit „gleichwertig“ ist, sind Kriterien wie Anforderungen, Fähigkeiten oder Verantwortung heranzuziehen.

Auf dieser Übersicht basierend muss jedes Unternehmen einen Aktionsplan erstellen, in dem konkrete Schritte festgeschrieben werden, wie die Einkommensunterschiede verringert werden. Ob und wie dieser Fahrplan umgesetzt wird, darüber ist wiederum im darauffolgenden Gleichstellungsplan Rechenschaft abzulegen.

Es wird stichprobenweise kontrolliert, auf Anfrage haben die Unternehmen sechs Monate Zeit, den Bericht der Ombudsstelle vorzulegen.

ARBEITSMARKT

Mit Qualifizierung gegen die Krise

Bundeskanzler Werner Faymann und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer setzen auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im Kampf gegen die Krise.



GdG-Archiv

„Qualifizierung und Weiterbildung sind das Gebot der Stunde.“

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer

Von 1. Jänner bis Ende September ist es gelungen, gemeinsam mit dem AMS 455.000 arbeitslose Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Diese erfreuliche Bilanz präsentierten Bundeskanzler Werner Faymann und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer im Rah-

HINTERGRUND

Regierungs-Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

Anstieg der Arbeitslosigkeit gedämpft:

- » Kein anderes Land konnte den Anstieg der Arbeitslosigkeit so gering halten wie Österreich – das gilt für die Gesamt-Arbeitslosigkeit wie auch für die Jugendarbeitslosigkeit.

Arbeitsmarkt wird gestärkt:

- » Bis Ende September ist es gelungen, 455.000 Menschen neu in Arbeit zu vermitteln.

Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete wirken:

- » 97.000 Arbeitsplätze konnten gerettet werden.
- » Ohne diese Maßnahmen wäre die Arbeitslosigkeit um eine Drittel höher.

Arbeitslosenquote vergleichsweise gering:

- » Zweitniedrigster Wert bei der Gesamt-Arbeitslosigkeit in der EU.
- » Zweitniedrigster Wert bei der Jugendarbeitslosigkeit in der EU.

Rekordbudget für aktive Arbeitsmarktpolitik:

- » Heuer werden 1,411 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben – das sind 44 Prozent mehr als im Vorjahr.



Jantzen

Mit der Ausbildungsgarantie sorgt die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann dafür, dass jede/jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. (Bundeskanzler Werner Faymann bei einer Lehrlings-Aktion der GdG-Jugend)

men einer Pressekonferenz zur aktuellen Situation am Arbeitsmarkt. Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit setzt die SPÖ-geführte Bundesregierung auf Qualifikation und Weiterbildung, da über 40 Prozent der arbeitslosen Menschen nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Um Qualifikation und Weiterbildung noch attraktiver zu machen, wird der Qualifizierungsbonus ab 1. Jänner 2010 erhöht.

Qualifizierung zahlt sich aus

TeilnehmerInnen von Qualifizierungsmaßnahmen mit längerer Dauer erhalten einen Qualifizierungsbonus (Dauer ab drei Monate – 100 Euro im Monat, Dauer ab sechs Monate – 200 Euro im Monat). Im heurigen Jahr werden 23.000 Personen von diesem Bonus profitieren. Nachdem die Maßnahme auf StiftungsteilnehmerInnen und Qualifizierung von Arbeitslosen am freien Bildungsmarkt ausgedehnt wird, werden 2010 50.000 Personen einen Qualifizierungsbonus erhalten. Bei einem Familien-

vater mit zwei Kindern würde sich damit die Lohn-Ersatzrate von 61 Prozent auf 73 Prozent erhöhen, bei einer alleinerziehenden Mutter mit einem Kind von 80 auf 91 Prozent.

Jugendliche im Zentrum

Der SPÖ-geführten Bundesregierung liegen die Jugendlichen besonders am Herzen. Damit auch wirklich jede/jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält, werden die Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Lehrwerkstätten auf 12.300 erhöht. Mit der „Aktion Zukunft Jugend“ konnten alleine in den letzten sieben Monaten 140.000 Jugendliche in Beschäftigung oder eine Schulung gebracht werden.

Kurzarbeit wirkt

Die Kurzarbeit ist ein gutes Mittel zur Überbrückung der Krise und soll künftig verstärkt für Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. ♦

LANDTAGSWAHL OÖ

Schmerzliche Niederlage

Die Landtagswahlen brachten der SPÖ-OÖ eine enttäuschende Niederlage. SPÖ-Spitzenkandidat Erich Haider zog persönliche Konsequenzen.

Ich weiß, wie sehr Erich Haider und sein Team sich in Oberösterreich eingesetzt haben, und darum tut mir dieses Wahlergebnis besonders leid“, erklärte Bundesparteivorsitzender Werner Faymann am Wahlsonntag. Die ÖVP erreichte 46,8 Prozent, die SPÖ 25 Prozent, die Grünen kamen auf 9,2 Prozent, die FPÖ auf 15,3 Prozent und das BZÖ auf 2,8 Prozent.

Die Niederlage in Oberösterreich sei nicht schönzureden, betonte Faymann, aber: „Ein Kapitän, der plötzlich das Steuer herumreißt, ist ein schlechter Kapitän. Wir werden weiterhin gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr Sicherheit kämpfen. Und wir werden ebenso wie es uns bei der Ausbildungsgarantie gelungen ist, auch gemeinsame Lösungen für die Bildungsreform und mehr soziale Gerechtigkeit finden.“

Haider tritt zurück

SPÖ-Landeschef Erich Haider gab am Mittwoch nach der Wahl bekannt, dass er sowohl den Parteivorsitz als auch sein Regierungsamt zurücklegt. Er wird dem Landespartei Vorstand Soziallandesrat Josef Ackerl



Rubra

Nach der Landtagswahl: Erich Haider verläßt die Politik – und schlägt Landesrat Josef Ackerl als Nachfolger vor.

als geschäftsführenden Vorsitzenden vorschlagen. „Um einen unbelasteten Neustart zu ermöglichen, habe ich diese Entscheidung getroffen“, erläutert Erich Haider. Josef Ackerl erklärte, es zeuge von der Größe Erich Haider, in einer Situation, in der ihm der Parteivorstand das Vertrauen

ausgesprochen hat, diese Konsequenzen zu ziehen. Faymann betonte, er respektiere die Entscheidung Haider.

Gleichzeitig erklärte er, die Zusammenarbeit mit Haider immer sehr geschätzt zu haben – „sie war von Ehrlichkeit und Vertrauen geprägt“. ♦

DEUTSCHLAND

Bundestagswahl: Trauriger Tag für SPD

CDU/CSU und FDP haben triumphiert, die Sozialdemokratie erlitt eine dramatische Niederlage.

Die SPD ist nach der Bundestagswahl erschüttert. Vorläufiges Endergebnis: CDU 33,8% (-1,4%), SPD 23% (-11,2%), FDP 14,6% (+4,8%), Linke 11,9% (+3,2%), Grüne 10,7% (+2,6%). Während SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und SPD-Chef Franz Müntefering eine „bittere Niederlage“ für die Sozialdemokratie einräumen mussten, freuten sich CDU/CSU und FDP, dass nun die Tür für Schwarz-Gelb offen ist. Deutschland steht eine Mitte-Rechts-Koalition zwischen Angela Merkel (CDU) und Guido Westerwelle (FDP) bevor.

In der SPD wird es einschneidende personelle Veränderungen geben. SPD-Chef



Neue personelle Weichenstellung in der SPD: Franz Müntefering wird nicht mehr für den Vorsitz kandidieren, Frank-Walter Steinmeier ist neuer Fraktionschef.

Franz Müntefering hat bereits bekannt gegeben, nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren. Als Nachfolger sind Umweltminister Sigmar Gabriel und Fraktionschef

Frank-Walter Steinmeier im Gespräch. Gewählt wird aber erst auf dem Parteitag Mitte November. Bereits am Dienstag nach der Wahl hatte die Fraktion Frank-Walter Steinmeier zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der scheidende Außenminister löst Peter Struck ab. Nach elf Jahren an der Macht wird die SPD im neuen Bundestag die stärkste Oppositionskraft sein.

SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann analysiert: „Frau Merkel hat in Deutschland gerade drei fürchterliche Wahldebakel bei Regionalwahlen erlitten und nun souverän die Kanzlerwahl gewonnen. Das zeigt, wie schnell sich Stimmungen bei den Wählern ändern.“ ♦

PARLAMENT

Eine Enquete mit vielen Antworten

„Sozialdemokratische Antworten auf die Krise“ – die lieferte vor kurzem eine große Enquete des SPÖ-Parlamentsklubs. Einig waren sich die HauptreferentInnen darin, dass mit allen Mitteln verhindert werden muss, dass aus der Wirtschaftskrise eine soziale Krise wird.



Fotos: SPÖ Klub

Hochrangige ExpertInnen referierten bei der großen Finanz-Enquete des SPÖ-Parlamentsklubs, (v.l.n.r.: Matznetter, Krainer, Küblböck, Nowotny, Schieder) bei der Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter die Hauptreferenten waren.

„Die Krise ist Folge eines Marktversagens und eines Regulierungsversagens.“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

Zwei Panels, hochkarätige ExpertInnen und ebenso ausführliche wie aufschlussreiche Referate von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter – das waren die Zutaten für die erfolgreiche und gut besuchte Finanz-Enquete des SPÖ-Klubs. Gleich in der ersten von SPÖ-Finanz- und Budgetsprecher Jan Krainer moderierten Gesprächsrunde, die unter dem Titel „Sozialdemokratische Leit-

„Die Maßnahmen der SPÖ-geführten Regierung gegen die Krise sind sinnvoll und richtig.“

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter

linien für den österreichischen Finanzmarkt“ stand, formulierte Finanzstaatssekretär Schieder zentrale sozialdemokratische Antworten auf die Krise: So sei es nicht nur wichtig, die Folgen der Krise mit einer aktiven Konjunkturpolitik zu bekämpfen, sondern „wir brauchen auch flächendeckende Regeln für die Finanzmärkte und

mehr Transparenz bei Finanzprodukten“, betonte Schieder. Rating-Agenturen, Hedgefonds und Eigenhandel müssten strenger reguliert werden, zudem muss eine europäische Finanzmarktaufsicht mit rigorosem Durchgriffsrecht installiert werden. Auf nationaler Ebene sollten ein Kapitalmarktgerichtshof und höhere Strafen bei Kapitalmarktdelikten eingeführt werden. Als wichtigen Schritt in Richtung einer stärkeren „gesellschaftlichen und sozialen Balance“ bekräftigte Schieder die Forderung der SPÖ nach einer europaweit koordinierten Finanztransaktionssteuer.

Inlandskonsum stabilisiert

SPÖ-Finanz- und Budgetsprecher Jan Krainer verdeutlichte in seinem Statement, dass die SPÖ Leitlinien entwickelt hat, mit denen es gelungen ist, die Wirtschaftskrise zu dämpfen. Mit einer ganzen Reihe an wichtigen Maßnahmen – wie z.B. der Steuerentlastung, dem Familienpaket oder auch den beiden Konjunkturpaketen – hat die Regierung Faymann den Inlandskonsum stabilisiert. Jetzt ist es höchste Zeit, auch die entsprechenden Lehren aus der Krise zu ziehen: „Ein Übergehen zur Tagesordnung wird die SPÖ nicht zulassen“, stellte Krainer klar. Unterstützung erhielt Krainer von den anwesenden ExpertInnen: So bekräftigte etwa der Gouverneur der

Österreichischen Nationalbank, Ewald Nowotny, dass es nicht genug sei, „nur den Schutt wegzuräumen“, vielmehr sei klar, dass es jetzt verstärkte Aufsicht braucht.

Steuer- und Regulierungs-oasen austrocknen

In der zweiten von SPÖ-Technologiesprecher Kurt Gartlehner moderierten Gesprächsrunde widmete man sich den „Realwirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Krise“. Der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands, SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter unterstrich in diesem Zusammenhang, dass sich die „Krise seit 35 Jahren systematisch aufgebaut hat“. Die dramatische Zunahme kurzfristiger Spekulationen habe zu einer „veritablen Störung der Marktwirtschaft“ geführt. Matznetter plädierte daher für Nachhaltigkeitskriterien, die längerfristiges Wirtschaften attraktiver machen. „Steuer- und Regulierungs-oasen müssen ausgetrocknet werden“, so Matznetter bei der SPÖ-Enquete, bei der zahlreiche ExpertInnen, wie z.B. AWS-Geschäftsführer Hans Moser, der Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien, Günther Chaloupek sowie BSA-Europasprecherin Sonja Schneeweiss und Stephan Schulmeister vom WIFO teilnahmen. ♦

VERFASSUNG

Bald mehr Rechte für Kinder

Die Kinderrechte sollen dank jahrelanger SPÖ-Initiative noch heuer in der Verfassung verankert werden.



Kinder sollen bald einklagbare Rechte haben.

Die jahrelange Forderung der SPÖ und vieler sozialdemokratischer Organisationen, allen voran der Kinderfreunde und der Roten Falken, scheint nun nach dem Einlenken des Koalitionspartners in die Zielgerade zu gelangen: die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung. „Es freut mich, dass endlich etwas weiter geht in Sachen Kinderrechte. Denn der Schutz von Kindern ist mir immer ein ganz besonderes Anliegen gewesen. Seit mehr als 20 Jahren setze ich mich dafür ein und jetzt besteht die Chance, diese langjährige Forderung umzusetzen“, so Frauenministerin Gabriele Hei-

nisch-Hosek am Rande des letzten Ministerrats in Reaktion auf positive Signale der ÖVP. „Ich bin zuversichtlich, dass wir – nachdem nun auch der Koalitionspartner mit ins Boot geholt werden konnte – die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung noch in diesem Jahr umsetzen werden“, sagt SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann.

SPÖ auch bei Kinderrechten Motor der Regierung

Die SPÖ-Forderungen zielen darauf ab, dass insgesamt der Staat stärker in die

Pflicht genommen wird und Kindern gleiche Entwicklungschancen geboten werden. Auch gilt es, in der Bevölkerung Bewusstseinsbildung zu fördern. „Kinderrechte sind Menschenrechte und mit der Verankerung in der Verfassung werden sie endlich einklagbar“, betont SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger.

Die Verankerung der Kinderrechte ist Teil des Koalitionsabkommens – die SPÖ hat die Umsetzung federführend vorangetrieben und bereits vor einigen Wochen hatten SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger und SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann einen entsprechenden Gesetzesentwurf präsentiert. Nun ist auch die ÖVP auf den Zug aufgesprungen – mit einem nur wenig abweichenden eigenen Entwurf. Man werde nun die beiden Entwürfe von SPÖ und ÖVP abgleichen und dann eilig zu einer Entscheidung kommen, betont Heinisch-Hosek.



Zimmer

„Ich bin zuversichtlich, dass wir dank unserer Frauenministerin diesen wichtigen familienpolitischen Meilenstein noch in diesem Jahr umsetzen können.“

**SPÖ-Kinder und Jugendsprecherin
Angela Lueger**

ZUM THEMA

Die UN-Konvention für die Rechte der Kinder

Vor 20 Jahren wurde die Kinderrechtskonvention der UNO beschlossen, Anfang der 90er-Jahre wurde sie von Österreich zwar unterzeichnet und trat 1992 in Kraft, ist aber ein zahnloses Recht, das nicht umsetzbar – spricht einklagbar ist – solange es in der Verfassung nicht verankert ist.

Die UN-Konvention legt wesentliche Stan-

dards zum Schutz der Kinder weltweit fest und stellt die Wichtigkeit von deren Wert und Wohlbefinden heraus. Die elementaren Grundsätze, auf denen die Konvention beruht, beinhalten das Überleben und die Entwicklung, die Nichtdiskriminierung, die Wahrung der Interessen der Kinder sowie deren gesellschaftliche Beteiligung.

In den Jahren der schwarz-blau-orangen Regierung hat es einen Stillstand in der österreichischen Kinderpolitik gegeben. Seit die Regierung SPÖ-geführt ist, wurde viel erreicht: Mehr qualitative Kinderbetreuungsplätze, ein flexibles und einkommensbezogenes Kindergeld und die Erhöhung der Familienbeihilfe. Mit der verfassungsrechtlichen Verankerung der Kinderrechte zeigt sich einmal mehr, dass die SPÖ der Motor der rot-schwarzen Regierung ist. ♦

KULTUR

Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch

Schon seit 1993 vergibt die Bildungsorganisation der SPÖ und das Dr.-Karl-Renner-Institut im Gedenken an Bruno Kreisky einen Preis zur Förderung von politischer Literatur im Sinne des Namensgebers: Den Bruno-Kreisky-Preis.

Fotos: Spiola



Anstatt sich mit einem Referat zu begnügen, führten die Kreisky-Preisträger Negt und Kluge ein inhaltliches Zwiegespräch über Theorie und Praxis ihres Schaffens.



„Die Sozialdemokratie muss ein klares Bild gerechter Gesellschaft formulieren, und für dieses mit noch mehr Einsatz für noch mehr Erfolg eintreten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Mit dem Kreisky-Preis soll jene politische Literatur gefördert werden, die den Werten und Zielen Bruno Kreiskys entspricht und von den Schwerpunkten seiner politischen Arbeit geprägt ist. Neben den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit

und Solidarität stehen Begriffe wie Toleranz, internationale Zusammenarbeit sowie Kampf gegen autoritäre und rechts-extremistische Tendenzen und für die Freiheit der Kunst. Dieses Mal wurden der deutsche Filmemacher und Schriftsteller Alexander Kluge und der Soziologe und Politologe Oskar Negt für ihr publizistisches Gesamtwerk ausgezeichnet. Der Vizepräsident der S&D-Fraktion im EU-Parlament und Jury-Vorsitzende, Hannes Swoboda, nannte das „ganzheitliche Konzept von Politik und Kultur“ als Grund für die Verleihung des Preises. Er erklärte weiters, „Kluge und Negt sind seit vielen Jahren Autoren, die nicht darauf verzichten zu sagen, dass Politik nicht nur das ist, was Parlamentarier machen, sondern was in Filmen vorkommt, in der Literatur vorkommt, im Fernsehen vorkommt, was wir um uns herum erleben“. Es hielten auch selbstverständlich der Präsident des Bruno-Kreisky-Forums, Rudolf Scholten, und der Präsident des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Alfred Gusenbauer, einleitende Reden.

Bei seiner Laudatio zur Preisverleihung rief Bundeskanzler Werner Faymann die Anwesenden dazu auf, verstärkt die Diskussion miteinander zu suchen: „Die Sozialdemokratie muss ein klares Bild gerechter Gesellschaft formulieren, und für dieses mit noch mehr Einsatz für noch mehr Erfolg eintreten.“ Er mahnte ein, dass es „sich die Sozialdemokratie zur Aufgabe gestellt hat, die Gesellschaft zu verändern.“

Die Anerkennungspreise erhielten heuer: Erika Thurner und Alexandra Weiss für die Herausgabe der Innsbrucker Vorlesungen Johanna Dohnals: „Johanna Dohnal – Innensichten österreichischer Frauenpolitiken“, Evelyn Steinthaler für das Buch „Frauen 1938. Verfolgte – Widerständige – Mitläuferinnen“ und Bernhard Kuschey für das Buch „Die Wodaks – Exil und Rückkehr“. Die Anerkennungspreise zum Kreisky-Preis werden mehrmals im Jahr vergeben allen AutorInnen ist gemeinsam, dass sie einen Diskurs in die Gesellschaft injizieren und in ihrem Werk die Würde des Menschen hervorheben. Sie sind Menschen, die das Wort ‚Gerechtigkeit‘ nicht als allgemeine Bemerkung, sondern als Kritik an der Gesellschaft betrachten. Drei weitere der, dieses Jahr ausgezeichneten, Werke finden sie rechts im Bücherteil des dieswöchigen „SPÖ Aktuell.“



Jury Vorsitzender Hannes Swoboda, RI-Präsident Alfred Gusenbauer, Bundeskanzler Werner Faymann und die Preisträger Alexander Kluge und Oscar Negt.

Sachbuch

Superkapitalismus

Robert Reich, Professor an der University of California und ehemaliger Arbeitsminister in der Administration Clinton, thematisiert in seinem höchst spannenden Buch die Entwicklung des Kapitalismus zum Superkapitalismus.

„Nie zuvor war die Wirtschaft so mächtig wie heute“ lautet die These des Autors. Sie dominiere alle Bereiche des öffentlichen Lebens, auch die Politik. Parallel zum steigenden Einfluss der Wirtschaft sei in den letzten Jahren der Stellenwert der Demokratie gesunken. Großkonzerne und Lobbyvertreter würden anstelle der BürgerInnen die Politik bestimmen, stellt Reich fest, der dies mit zahlreichen Bei-

spielen belegt. Anhand von Statistiken zeigt der Autor etwa die ungleiche Einkommensverteilung auf, den immer geringeren Einfluss der Gewerkschaft, die Zunahme an Wahlkampfspenden oder explodierende Gewinne von US-Finanzunternehmen.

Eine interessante Lektüre – die selbst die globalisierungskritischen Schriften Michael Moores in den Schatten stellt. ◆

Sammelwerk

Das Werden der Ersten Republik

In diesem zweibändigen Werk präsentieren Helmut Konrad und Wolfgang Maderthaner gemeinsam mit über 30 AutorInnen eine der umfangreichsten Darstellungen der Ersten Republik und ihrer Anfangsjahre.

Den LeserInnen wird auf beeindruckende Weise die ganze Komplexität der Entstehung des jungen Staats vor Augen geführt. In den vier Hauptbereichen im ersten Band beschäftigen sich die AutorInnen mit den Folgen des Krieges, Grenzfragen, dem Roten Wien, der Einführung des Frauenwahlrechts, der Verfassung, der ökonomischen und sozialen Redimensionierung, sowie den Errungenschaften der Kunst und

Kultur. Der zweite Band bietet historische Dokumente wie etwa die Provisorische Verfassung Deutsch-Österreichs. Beiden Bänden sind Landkarten beigelegt, etwa die der österreichisch-ungarischen Monarchie am Vorabend des Ersten Weltkriegs oder der Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs und der Ersten Republik in den Grenzen laut Bestimmungen des Vertrags von St. Germain. ◆

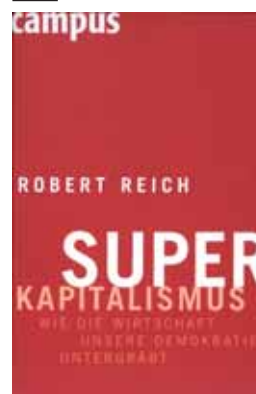
Sachbuch

Fundamentalismus

In einer beeindruckenden tour d'horizon beschäftigt sich Markus J. Prutsch mit den gängigen Deutungen von Moderne und Fundamentalismus.

Am Ende führt er jene beiden Phänomene zusammen und deutet Fundamentalismus als „moderne gegenmoderne Utopie“, die in der Tradition der politischen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts steht. Der Historiker und Politologe Prutsch vertritt die These, dass der heutige Fundamentalismus ein „Kind der Moderne“ ist, das mit der inflationär gebrauchten Säkularisierungsthese nur eingeschränkt erklärt werden kann. Davon ausgehend ar-

beitet der Autor in kritischer Reflexion der bestehenden Forschung den eminent politisch-ideologischen Charakter religiös-fundamentalistischer Bewegungen heraus. Fundamentalismus erscheint im Ergebnis letztlich als höchst ambivalentes Phänomen, das nach den politischen Religionen des 20. Jahrhunderts als zweite „totale Auflehnung“ gegen die Zerstörung des „kosmologischen Mythos“ gedeutet werden will. ◆

☐ Stk.


Robert Reich:
Superkapitalismus.
Campus-Verlag,
Frankfurt am Main 2008;
328 S., 25,60 €

☐ Stk.


Konrad, Maderthaner (Hg.):
Das Werden der Ersten Republik ...
der Rest ist Österreich.
CGS-Verlag, Wien 2008;
2 Bände (392, 304 S.), 70 €

☐ Stk.


Markus J. Prutsch:
Fundamentalismus.
Passagen-Verlag,
Wien 2008;
173 Seiten, 22,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ-SOMMERAKADEMIE

„Das rote Netzwerk stär

Das stimmige Konzept, die hochkarätigen ReferentInnen, die interessanten Workshops und die erfolgreiche Netzbildung machten die erste Sommerakademie der sozialdemokratischen Organisationen zu einem gelungenen Projekt.



Fotos: Orther

Interessante Vorträge, angeregte Diskussionen, Teamgefühl und Morgensport: Die Sommerakademie kam hervorragend an und soll fortgesetzt werden.



„Sozialdemokratische Organisationen brauchen einander, wir müssen das rote Netzwerk stärken und möglichst viele Leute einbinden.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

Der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle ist die Vernetzung mit den sozialdemokratischen Organisationen ein besonderes Anliegen – Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter hat daher bereits mehrmals Treffen durchgeführt. Die erste Sommerakademie der sozialdemokratischen Organisationen, die vom 27. bis 28. August stattfand und gemeinsam mit dem

Renner-Institut veranstaltet wurde, ist ein weiterer wichtiger Schritt, der der Netzbildung sowie der Konkretisierung und Fokussierung spezieller Themen und der inhaltlichen Diskussion dient. „Sozialdemokratische Organisationen brauchen einander, wir müssen das rote Netzwerk stärken und möglichst viele Leute einbinden“, betont Kräuter.

Mehr als 70 TeilnehmerInnen (GeneralsekretärInnen, PräsidentInnen, GeschäftsführerInnen) aus 30 sozialdemokratischen Organisationen waren daher zur Sommerakademie ins Wiener Renner-Institut gekommen.

Die Schar der ReferentInnen war zahlreich und hochkarätig: Heinz Fassmann

von der Universität Wien, Bernhard Heinzlmaier vom Institut für Jugendkulturforschung, Julia Kuderna von km-consulting, Wolfgang Zeglovits von der Datenwerk innovationsagentur, Harald Katzmaier von der FAS-research GmbH und Anton Pelinka von der Universität Budapest trugen ihre Forschungsergebnisse, Erfahrungen und Theorien vor.

Workshops und Kamingespräch

Drei parallele Workshops fanden statt: „Begeistern und Gewinnen – ehrenamtliche Arbeit als Zukunftsfrage“, referiert vom Generalsekretär der ASÖ, Michael Maurer; „Web 2.0 – Soziale Netzwerke im Netz

ken“



knüpfen“, vorgetragen von Wolfgang Zeglovits; Erwin Berger, Pressesprecher der Volkshilfe Österreich, sprach über „Sponsoring – Förderung und Unterstützung effektiv lukrieren“.

Am Abend bot ein Kamingsgespräch mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer zum besonders aktuellen und wichtigen Thema „Soziale Gerechtigkeit – soziale Sicherheit. Die Krise als sozialpolitische Herausforderung“ Informationen aus erster Hand.

Sport und Diskussion

Dafür, dass nicht nur der Geist, sondern auch der Körper gefordert wurde, sorgte Günter Schagerl vom ASKÖ. Er organisierte für den zweiten Tag der Sommerakademie eine morgendliche Sportübung für die TeilnehmerInnen. Nach diesem gesunden Start in den Tag widmeten sie sich wieder der Politik: Anton Pelinkas Referat zum Thema „Ziele – Wege – Herausforderungen: zur Zukunft der Sozialdemokratie“ regte die TeilnehmerInnen zu einer lebhaften Diskussion an, bevor es zu weiteren Workshops ging. Heinz Fassmann lud zum Thema „Migration – Integration“, Bernhard Heinzlmaier berichtete über „Jugendliche Lebenswelten“ und Georg Ortner referierte über „Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit“.

Fazit: Eine Fortsetzung ist erwünscht!

Der Tenor der TeilnehmerInnen war am Ende der Veranstaltung durchwegs positiv. Kräuter resümiert: „Die erste Sommerakademie der sozialdemokratischen Organisationen ist auf jeden Fall ein politisch wichtiges neues Projekt, das in Abstimmung mit den sozialdemokratischen Organisationen, dem Renner-Institut und der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle weiterentwickelt und 2010 fortgesetzt werden wird.“

WIEN

Lehrlingsoffensive in Wien



Die Lehrlingskampagne der SJ Wien und der FSG Jugend Wien geht nach 51 höchst erfolgreichen Aktionstagen in die zweite Halbzeit. Die Aktionen finden vor vier Wiener Berufsschulen statt.



Stefan Jagsch und Christoph Peschek mit SPÖ-Wien-Landesparteiensekretär Christian Deutsch, der die Aktion von SJ und FSG Jugend unterstützt, beim Aktionstag.

Dass es den Lehrlingen um sichere Arbeitsplätze und gute Ausbildungsbedingungen und kaum um Zuwanderungsfragen geht, erfuhr Stefan Jagsch, Vorsitzender der SJ Wien, in Gesprächen. „Die Sozialdemokratie ist gefordert, ihnen zu zeigen, dass sie für die jungen ArbeitnehmerInnen da ist“, so Jagsch. Der Vorsitzende der FSG-Jugend Wien, Christoph Peschek, ergänzt, dass in den nächsten beiden Wochen noch etliche Aktionen organisiert werden. Er fordert eine Vermögensbesteuerung, denn „es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn ManagerInnen 240-mal soviel wie Lehrlinge verdienen und 13 ihrer Gehälter ausreichen, damit alle Lehrstellensuchenden einen Ausbildungsplatz erhalten würden.“

SALZBURG

27 Mio. für Zukunftsprojekte



Die SPÖ brachte in einer Sitzung des Salzburger Wachstumsfonds vier zentrale Projekte ein, die der Wachstumsfonds mit mehr als 27 Mio. Euro unterstützt.



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller

Konkret werden das Messezentrum Salzburg modernisiert und ein neues Kulturhaus in Tamsweg gebaut, denn der Lungau war bislang der einzige Salzburger Bezirk ohne ein eigenes Kulturzentrum. Im selben Baukörper wie das Kulturzentrum bekommt der Lungau auch eine Großsporthalle. Diese Halle wird außerdem barrierefrei für RollstuhlfahrerInnen zugänglich sein. Beschlossen wurde auch die Erweiterung der Fachhochschule Salzburg, da der Ausbau von Forschung und Qualifizierung zu den wichtigsten Voraussetzungen zur Verbesserung von Salzburgs Wettbewerbsfähigkeit zählt. „Die Projekte werden insgesamt nach dem Gesichtspunkt ausgewählt, was unsere Kinder brauchen. Deshalb wird bei den ersten Projekten der Schwerpunkt auf Bildung und nachhaltige Investitionen gelegt“, betonen Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und LH-Stv. David Brenner.



Fairness durch Transparenz

Der von der SPÖ-geführten Regierung eingeschlagene Weg hin zu mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern muss konsequent fortgesetzt werden.



Bilderbox

Die gleichen beruflichen Leistungen von Frauen und Männern sollen fair, also gleich, entlohnt werden – eine Forderung, die noch nicht umgesetzt ist.

„Die österreichische Verschwiegenheit in Entgeltfragen zu durchbrechen ist daher ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit.“

30 Jahre nachdem das Gleichbehandlungsgesetz beschlossen wurde, hat die Regierung nun auch in ihrem Programm einen „Nationalen Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt“ festgehalten. Jetzt ist es daher an der Zeit, gezielte Maßnahmen zu setzen. Einige Forderungen, wie z.B. das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld, sind in Österreich schon umgesetzt worden. Dieser Weg muss nun kontinuierlich fortgesetzt werden. Die Wirtschaftskrise darf kein Grund sein, das wichtige Thema „Entgeltdiskriminierung“

auf später zu verschieben. Das Problem betrifft alle Frauen in Österreich. Zur Gleichstellung von Frauen und Männern gehört nun einmal auch gerechtes Einkommen für beide Geschlechter. Die österreichische Verschwiegenheit in Entgeltfragen zu durchbrechen ist daher ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit. Denn von allein wird sich das Problem nicht lösen, auch nicht durch Einzelverhandlungen. Die ÖGB-Frauen begrüßen daher die Initiative „gleich=fair“ der Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und des Sozialministers Rudolf Hundstorfer. Beide MinisterInnen erklärten, dass es das Ziel sei, im Frühjahr 2010 eine Gesetzesnovelle zur verpflichtenden Einkommenstransparenz zu beschließen. Damit wäre eine langjährige Forderung der ÖGB-Frauen umgesetzt. Werden die nach der Offenlegung festgestellten ungleichen Bezahlungen nach zwei Jahren nicht beho-

ben, kann dies nicht nur so stehen bleiben. Wenn Motivationen an einer Änderung der Situation nichts beitragen, braucht es eben Sanktionen. Um die strukturellen Unterschiede aber ein für alle Mal zu beseitigen, muss an mehreren Schrauben gedreht werden. Das reicht von der Berufswahl junger Frauen, über Arbeitszeiten, Beschäftigungsverhältnissen bis zu Öffnungszeiten und einem größeren Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen. Dazu gehört auch, Arbeitsplätze neu zu bewerten. Eine gerechte Arbeitsbewertung muss auf zwei Ebenen betrachtet werden. Einerseits braucht es eine breite Diskussion in der Gesellschaft darüber, warum typische „Frauenberufe“ immer noch niedriger bewertet und infolgedessen schlechter bezahlt werden als typische „Männerberufe“. Andererseits müssen alle kollektivvertraglichen Regelungen daraufhin über-

prüft werden, welche Auswirkungen sie für Männer und welche sie für Frauen haben. Gleiche bzw. gleichwertige Arbeiten sollen in einer Gehalts-/Lohngruppe zusammengefasst werden, sodass unterschiedliche Einstellungsentgelte gar nicht erst zum Tragen kommen. Denn das Einkommen, das Frauen bereits beim Einstieg verlieren, holen sie nie mehr auf. Des Weiteren fordern die ÖGB-Frauen die Einführung eines Mindestlohnes/-gehaltes von 1.300 Euro brutto, sowie einen Lohn- und Gehaltsrechner. Nur wenn wir an all diesen Schrauben zugleich drehen, wird der „Equal Pay Day“ eines Tages am 31. Dezember sein. ♦

Brigitte Ruprecht ist seit Juni 2009 ÖGB-Frauenvorsitzende und seit Juli 2009 Mitglied im ÖGB-Vorstand.

TERMINKALENDER

Montag, 5. 10.

Wiener Vorlesung

Der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, Michael Häupl und der Stadtrat für Kultur und Wissenschaft, Andreas Mailath-Pokorny, laden zu einer Wiener Vorlesung zum Thema: Woher kamen die Israeliten? Peter Landesmann hält den Vortrag. Kommentiert wird der Vortrag von Manfred Bietak, Vorstand des Instituts für Ägyptologie an der Uni Wien. Die Veranstaltung wird von der ORF-Redakteurin und Filmemacherin Renata Schmidtkunz moderiert. Information: Kulturabteilung der Stadt Wien, Friedrich-Schmidt-Platz, 1082 Wien, Tel.: 01/4000 DW 88741, E-Mail: post@vorlesungen.wien.at www.vorlesungen.wien.at

Beginn: 19.00 Uhr

Wiener Rathaus,

Stadtsenatssitzungssaal

Lichtenfeldgasse 2, Feststiege I, 1010 Wien

Dienstag, 6. 10.

„Politics and Society in Russia“

Im Rahmen der Anna Politkowskaja (die russische Journalistin wurde 2006 in ihrer Hei-

matstadt Moskau ermordet, galt als demokratische Stimme Russlands und stand dem Regime kritisch gegenüber) Lesungen des Bruno Kreisky Forums halten Marie Medras, international angesehene Russlandexpertin, und Vladimir Ryzhkov, ehemaliges Duma-Mitglied und Oppositionspolitiker, Vorträge. Information & Anmeldung:

Bruno Kreisky Forum

Tel.: 01-318 82 60 / 10

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15

1190 Wien

Mittwoch, 7. 10.

Frauen in der Politik - mehr Frauen in die Politik

So lautet das Thema einer Parlamentarischen Enquete, die nächsten Mittwoch, dem 7. Oktober, im Parlament stattfindet. Die Enquete ist öffentlich, und wird von 9.30 bis 13.00 Uhr auf ORF 2 und anschließend bis 17.00 Uhr auf TW 1 direkt übertragen. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer wird die TeilnehmerInnen begrüßen, im Anschluss daran wird Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ein Statement abgeben. In der Folge wird das Thema der Enquete in drei Themenblöcken mit folgenden Schwerpunkten bearbeitet: Themenblock 1: bis 11.30 Uhr: Frauen in den nationalen Parlamenten – ein internationaler Vergleich. Themenblock 2: 12.30 bis 14.30 Uhr: Im Blick der Medien: Frauen in der Politik. Tradierte Rollenbildern von Frauen in der Gesellschaft. Themenblock 3 und Resümee: 14.45 bis 17 Uhr: Frauensache Politik. Strategie für eine angemessene Vertretung von Frauen in der Politik.

Als Referentinnen der fünf Fraktionen vorgesehen sind die Abgeordneten Gisela Wurm (S), Dorothea Schittenhelm (V), Carmen Gartelgruber (F), Martina Schenk (B) und Judith Schwentner (G).

Beachten: Als Zutrittsberechtigung für das Parlament wird ein amtlicher Lichtbildausweis verlangt!

Beginn: 9.00 Uhr

Parlament, Budgetsaal des Parlaments

Dr. Karl-Renner-Ring 3

1010 Wien

Donnerstag, 8. 10.

Patriarchale Ehrenkodizes in Albanien und Mexiko

In einigen Regionen Albaniens hat sich ein aus dem vor-römischen Reich stammendes Gewohnheitsrecht (Kanun) bis in die Jetztzeit gehalten. Durch das Gewohnheitsrecht sind Frauen kaum in das soziale Leben involviert. Sie sind vom Erbrecht ausgeschlossen und dürfen auch keine Entscheidungen über sich selbst und ihre Kinder treffen. Die Realität in Mexiko zeigt, dass Frauen oft noch immer als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und körperlicher und seelischer Gewalt ungeschützt ausgeliefert sind. Begrüßung: Ulrike Hartmann, Internationale Sekretärin der SPÖ.

Diskussion mit: Iris Fiala, Caracol Mundo-Eco De Latido En Solidaridad, Delina Binaj, M. A., Humboldt-Universität Berlin; Genderfragen Albanien

Moderation: Gabi Frimberger, ProFrau

Anmeldung und Information unter: 01-589 80 423 oder elisabeth.gutenbrunner@ega.or.at Eintritt frei!

Beginn: 19.00 Uhr

ega:frauen im zentrum,

Windmühlgasse 26, 1060 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Markus Wagner, Fabian Max Wallner Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: SPÖ Frauen Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

WWW.LOHNGERECHTIGKEIT.AT

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Am 27. September fand dieses Jahr der „Equal Pay Day“ statt, jener Tag im Jahr, von dem an Frauen, statistisch gesehen, bis zum Jahresende gratis arbeiten, während ihre männlichen Arbeitskollegen weiterhin entlohnt werden. Denn durchschnittlich erhalten vollbeschäftigte Frauen in Österreich rund ein Drittel weniger Lohn als Männer. Um die-

se Ungerechtigkeit zu beenden, starteten die SPÖ Frauen die Kampagne „Warum nicht gleich!“, die im Internet auf www.lohngerechtigkeit.at unterstützt wird. Die Seite erklärt die Ursachen, zeigt Lösungen auf und präsentiert viele interessante Zahlen, Daten, Fakten zum Thema. Alle Infos zur Kampagne: www.lohngerechtigkeit.at





Jugend in Aktion

Unter dem Motto „Den Frauen ihr Recht“ unterstützten die Jugendorganisationen SJÖ, VSSStO und AKS anlässlich des Equal Pay Day die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit.

125 Jahre Arbeitsinspektion

Anlässlich eines Festaktes zum 125-jährigen Bestehen der Arbeitsinspektion stellte Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer die Resolution zur Arbeitsschutzstrategie vor.



Schmied in „Sprachenbim“

Bildungsministerin Claudia Schmied besuchte die in Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen veranstaltete Lange Nacht der Sprachen, deren Höhepunkt die „Sprachenbim“ am Wiener Ring war.

BKA



WAVE-Konferenz in Wien

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek eröffnete in Wien die internationale WAVE-Konferenz. WAVE steht für Women Against Violence Europe.



Frisch. Neu. Steirisch.

Landeshauptmann Franz Voves präsentierte das neue Team der steirischen Landesregierung – neu dabei: Elisabeth Grossmann und Siegfried Schrittwieser.